

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.
Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Anzeigenpreis:
die einspalt. Zeile 15 ct.
bei Auslieferung
durch d. Geschäftsstelle
Reklame-Zeile 40 ct.
Bei späterer Aufnahme
entsprechender Zuschlag
bei im Falle des Abkän-
fers. hinfallig wird.
Schluß der Anzeigen-
Annahme 1 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
kann auch Bescheid genommen.

Beide vierteljährlich:
in Neuenbürg N. 265.
Durch die Post im Orts-
und Oberamts-Verkehr
N. 225, im sonstigen
inländ. Verkehr N. 235
und 30 ct Postbestellgeld.

Bestellungen nehmen alle Ver-
treter aus in Neuenbürg die
Kantinen jederzeit entgegen.
Cirkulare Nr. 24 bei der
C. W. Sparda-Bank Neuenbürg.
Telegraphenadresse:
„Enztäler“, Neuenbürg.

N. 43.

Neuenbürg, Freitag den 21. Februar 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Darmstadt, 20. Febr. Der Reichstag hat heute die Entwurfsfassung der Reichsverfassung angenommen. Die Staatsleitung hat das Gesamtministerium. Der Ministerpräsident wird von der Reichskammer gewählt.

Darmstadt, 19. Febr. Heute mittag legten die Unruhen und Wünderungen von neuem ein. Im Schloß des Landgrafen von Hessen-Philippsthal bei Hanau plünderten junge Leute und Frauen die Innendämme und nahmen Wäsche, Kleider und dergleichen mit sich. Die Plünderer wurden schließlich durch heranrückende Mannen verjagt, die den Feind die Straße zum Teil wieder abnahmen. Am Nachmittag kam es auf dem Bahnhofplatz zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Truppen und Demonstranten, wobei auch Wachregimente in Tätigkeit traten. Mehrere Personen wurden getötet, außerdem gab es mehrere Verwundete. Auch die Truppen hatten zwei Tote und einige Verwundete.

München, 19. Febr. Vier wachen Matrosen einen Aufstand, der durch das Eingreifen republikanischer Truppen mißlingt. — Der Staatsanwaltschaft in Weimar nahm Verfassungsbestimmungen an, die einen Teil der bayerischen Sonderrechte beseitigen. (Eigene Briefmarken und Briefkästen.)

Wien, 19. Febr. Wegen der Befehle durch die Regierungstruppen ist heute mittag 12 Uhr der Generalstreik ausgetreten. Alle Betriebe stehen still. Die Zeitungen sind schon gestern nicht mehr erschienen.

Weimar, 20. Febr. Die neuen Steuerentwürfe, vor allem das Kriegsteuer-, das Besatzsteuer- und das Zuwachssteuer-Gesetz, werden in ungefähr 14 Tagen dem Staatsanwaltschaft zur Beratung vorgelegt werden. Nach der Genehmigung durch den Staatsanwaltschaft werden sie in ungefähr drei Wochen der Nationalversammlung zugehen.

Weimar, 20. Febr. Das Spartakusmitglied des Weimarer Arbeiterrates, Lindemann, wurde in einer Bürgererversammlung gestern nachmittag verhaftet und nach der Bezirksdirektion gebracht. Die Verhaftung erfolgte auf Grund der Tatsache, daß Lindemann der Organisation zur Vertreibung sozialistischer Flugblätter, die auch zum offenen Kampfe gegen die Nationalversammlung aufriefe, angehöre haben soll. — Die Vertretung, der von der Ausweisung aus Mannheim Bedrohten ist in Weimar eingetroffen und wurde gestern zu einer Sitzung von Scheidemann und Erzberger eingeladen.

Triest, 19. Februar. Die Waffenstillstandskommission protestiert gegen den fortgesetzten Bruch des Waffenstillstandes durch die Polen, die an verschiedenen Frontstellen Angriffe unternommen haben, und gegen die widerrechtliche anhaltende Behandlung deutscher Mitglieder der Kommission in Warschau und Köln. — Glaubwürdige Nachrichten melden den bevorstehenden Angriff der Tschechen auf Deutsch-Schlesien.

Wesel, 19. Febr. Zwei Transporte Zivilgefangener von rund 10000 Personen trafen in der letzten Nacht hier ein. Sie waren 10 Tage von London unterwegs. Bei der Ankunft in Antwerpen waren 5 Personen gestorben. Ferner mußten in Antwerpen 19 nicht transportfähige Schwerkranke zurückbleiben. Bei der Ankunft in Wesel mußten 5 Personen ins Krankenhaus und acht in ärztliche Behandlung gegeben werden. Schuld sind Entbehrungen und Mangel an Schlafgelegenheit.

Berlin, 20. Febr. Der durch die Revolution hervorgerufene Zusammenbruch unseres Heeres rückt sich, wie die Ereignisse im Osten und namentlich auch im westdeutschen Industriegebiete beweisen, von Tag zu Tag mehr. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die dies feststellt hat, erzählt, das Reichswehrministerium bereite einen Gesammtentwurf wegen Bildung eines Heeres vor. Die Reichswehrparteien hätten sich dahin verständigt, diesen vorläufigen Gesammtentwurf, der noch der Zustimmung einiger Einzelkavalleriebedürfe, als Initiativantrag einzubringen. Es beziehe die Hälfte, eine Verständigung mit den rechtsstehenden Parteien herbeizuführen. Der Gesammtentwurf sehe eine Stärke von 150-170000 Mann vor, mit eingerechnet die Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamten. Man beabsichtige, in jeder Provinz eine Brigade zu bilden. Von einem Einheitsheer solle zunächst abgesehen werden. Man glaubt, durch eifrige Werbung die nötigen Mannschaften zu bekommen. In den neu zu bildenden Formationen sollen die Vorgesetzten ernannt werden. Bisher schon erworbene Rechte bleiben bestehen, doch soll dem Kriegsdienst bei etwa vorzunehmenden Wahlen die endgültige Entscheidung vorbehalten bleiben.

Berlin, 19. Febr. Die widersprechenden Meldungen über das Ausschreiben des Kapitäns Banfelow aus der Waffenstillstandskommission sind dadurch entstanden, daß Banfelow zweierlei Funktionen ausübt, 1. die eines stellvertretenden Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission — als solcher verbleibt er in seiner Stellung — und 2. die eines Sachverständigen in Ratinstellungen. Als solcher wird er durch den Korvettenkapitän Dingmann ersetzt.

Braunschweig, 19. Febr. Hier kam es zu einer Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. — Die Landesversammlung wurde während der Beratung der Arbeitslosenfrage von einer Menge Erwerbsloser geführt. Verabschiedet und Abgeordnete wurden zum Teil tätlich angegriffen.

Die Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Berlin, 18. Febr. Nach einer Meldung der D. Z.

am Mittag erklärten in den letzten Verhandlungen in Spaan und Teiler über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln die Vertreter Amerikas und der Entente, daß eine Kreditgewährung an Deutschland ausgeschlossen sei, denn Deutschland sei in der Lage zu zahlen.

Der Vorsitzende der deutschen Kommission für Lebensmittelversorgung und für Finanzierung, Unterstaatssekretär von Braun, hat darauf eine genaue Aufstellung über Deutschlands finanzielle Lage gegeben, um die Kreditnotwendigkeit zu beweisen. Räumte die Lebensmittelversorgung wegen Kreditverweigerung nicht zu, so müßten aus anderen Ländern beschaffen werden, damit wir uns aus anderen Ländern versorgen könnten.

Die Ausführungen von Braun machten auf die Entente-Kommission, die keine Vollmacht zur Kreditgewährung hatte, großen Eindruck. Es wurden neue Abmachungen über weitere Lebensmittellieferungen von 255 000 Tonnen zum Preise von ungefähr 1 1/2 Millionen Pfund Sterling, zu dem heutigen Kurse fast 400 Millionen Mark, getroffen. Die Finanzierung dieser Summe beschäftigt zur Zeit die betreffenden Stellen. Die Zahlungsmittel sollen durch Kupferrückgabe, der noch im Inlande befindlichen ausländischen Werte und durch geheizte Ausfuhr von Rohstoffen und Waren beschafft werden. Die Verhandlungen darüber laufen weiter.

Die Wahrheit über die Verhandlungen im Walde von Compiègne.

Berlin, 19. Febr. Vor einiger Zeit berichtete die „Schles. Ztg.“, es sei zur Zeit der ersten Waffenstillstandsverhandlungen im Walde von Compiègne, wie der französische Generalstabchef Berthelot dem deutschen Generalmajor von Winterfeldt damals an Ort und Stelle vertraulich mitgeteilt habe, möglich gewesen, einen Frieden ohne Entschädigung zu erhalten und nur der Ausbruch der deutschen Revolution habe damals die endgültigen harten Bedingungen des ersten Waffenstillstandsabkommens veranlaßt.

Auf Grund dieses Artikels der „Schles. Ztg.“ hatte der Abgeordnete von Gröbe in der Nationalversammlung eine feine Anfrage an die Weimarer Regierung gerichtet. Im Zusammenhang mit dieser Frage ist dem Reichsminister Erzberger von Generalmajor von Winterfeldt, der bei den Verhandlungen im Walde von Compiègne die deutsche Oberste Delegation vertrat und der bis vor kurzem Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaan gewesen ist, folgendes Telegramm zugegangen:

„Angaben der „Schles. Ztg.“, auf die sich die Anfrage bezieht, sind frei erfunden. Die Waffenstillstandsbedingungen der Entente sind im. Gegenteil, und aus anderen Verhältnissen beim ersten Zusammenreffen mit Marschall Foch in ihrer vollen allgemein bekannten Härte eröffnet worden. Von einer Bereitschaft zu einem entschuldigungslosen Frieden ist nie die Rede gewesen. Ich war daher auch nicht in der Lage, darüber der Obersten Delegation eine Meldung zu machen. Dementsprechend sind auch die weiteren Mitteilungen der „Schles. Ztg.“ über angebliche Kränkungen des Marschalls Foch mir gegenüber vollständig aus der Luft gegriffen. Aus welcher Quelle das Blatt seine Kenntnisse schöpft, ist mir unbekannt. Jedenfalls wäre es ihm leicht gewesen, von mir eine zutreffende Darstellung des Sachverhalts zu bekommen, anstatt meine Person mit einer irreführenden Schilderung in Zusammenhang zu bringen. Generalmajor von Winterfeldt.“

Hindenburg — Ludendorff — Scheidemann.

Berlin, 19. Febr. Da in der Presse mehrfach die Veröffentlichung des Briefes des Generalleutnants Hindenburg an Reichspräsident Scheidemann gewünscht wird, erfolgt er hier mit dem Antwortschreiben:

„Großes Hauptquartier, 18. Febr. Curer Eggenz haben in der Sitzung der Nationalversammlung vom 18. Febr. den General Ludendorff als Hajozeur bezeichnet. Mich und viele andere, die dem General Ludendorff treu ergeben sind, hat dieses Wort von verantwortlicher höchster Reichsstelle gesprochen, sehr verletzt. General Ludendorff ist ein glühender Patriot und hat nur das Beste für das deutsche Volk in seiner kostbaren Art erstrebt. Das gewissenlose oder leid tierische Wesen eines Hajozeurs liegt ihm ganz fern. Ich kann nicht annehmen, daß Curer Eggenz meinen treuen Mitarbeiter in so schwerer Kriegszeit, für dessen Tun ich verantwortlich bin, des reinen und ersten Wirtes für des Vaterlandes Wohl absprechen wollen.“

Mit der Versicherung meiner Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Curer Eggenz ergebener von Hindenburg.“

Reichspräsident Scheidemann antwortete hierauf:

„Zur Zeit Weimar, 19. Febr. Curer Eggenz darf ich mein Bedauern darüber ausdrücken, daß meine Versicherungen über den General Ludendorff Curer Eggenz verlegt haben. In der Sache selbst aber kann ich von meinem Wort nicht abgehen. Hajozeur nenne ich einen Mann, der alles auf eine Karte setzt, ohne die Folgen zu bedenken, die ein Versagen dieser Karte nach sich zieht. Daß der General Ludendorff in dieser Weise gehandelt hat, davon habe ich mich als Parlamentarier und erst recht als Mitglied des Kabinetts des Prinzen Max überzeugen können. Ich darf umso mehr von einem Hajozeur sprechen, als General Ludendorff, wie allgemein bekannt ist, am 1. Oktober 1918 selbst erklärt hat: Ich komme mir vor, wie ein Hajozeur. Ich schließe mit der Versicherung meiner Hochachtung Curer Eggenz ganz ergebener Philipp Scheidemann.“

Deutsche Nationalversammlung.

Bei mar, 19. Febr. Der Gesammtentwurf, Abänderung der Verfassung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebsanstalten, wozu die Annahme derselben nicht später als bis zum 30. Februar erfolgen, vielmehr der Endtermin des Innenministerium festgesetzt werden soll, wird in allen 3 Lesungen unverändert angenommen.

Sodann spricht Arbeitsminister Bauer über die Grundzüge, nach denen die Vergütung der zur Behebung der Wohnungsnot geforderten 300 Millionen erfolgen soll. Besondere Förderung soll den Erwerbslosen zuteil werden. Die Regierung wird alles tun, um die Wiederbelebung der Bauwirtschaft zu fördern.

Preussischer Kriegsminister Reinhardt kennzeichnet das von Russland mit Geld unterstützte, gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes in Spaan veranlaßte Treiben der Spartakusleute, einen Bürgerkrieg zu entfachen, das noch verhängt werde durch die tatsächliche bolschewistische Kampfweise, wogegen Truppen und Freiwillige aufgestellt werden müßten. Auf diesem Untergrund soll die Forderung der Luxemburg und Liechtenstein. Alles Mögliche zur Festhaltung des Falles und Bekämpfung der Schwärze werde gethan. Er segne den Tag, wo die Verwendung der Truppen als Polizeitruppen aufhöre.

Als erste weibliche Rednerin bespricht Frau Marie Zucharek (Soz.), die neuverordneten Frauenrechte, sie fordert die Gleichberechtigung der Frau in der Verwaltung, bei der Jugendpflege, Volkshilfen und Wohlfahrtsfrage und verurteilt die seitens unserer Feinde noch immer geübte Hungerblockade.

Abg. Rege r-Kaufmann (Ztr.) schließt sich ihr an und bemerkt, daß die in der Regierungsprogramm enthaltenen Sozialisierungspläne vom Zentrum seit Jahrzehnten verlangt werden. Finden wir den Anschluß an die neue Ernte nicht, müssen Millionen Deutsche verhungern. Die gewaltigen Mehrleistungen können unmöglich durch Steuern aufgebracht werden. Die Grundelemente unserer Ernährung, Getreide, Kartoffeln und Fleisch, werden nach auf Jahre hinaus planmäßig veranschlagt, erhaltet und verteilt werden müssen.

Abg. Hall-Kohn (Demokr.) verurteilt die Grundmisset unserer zu Unrecht im Ausland zurückgehaltenen Gefangenen und den Uebermut der Polen. Gegen weitere Forderungen der Bedingungen beim Friedensschluß müssen wir uns wehren.

Reichsminister Erzberger: Die Lebensbedingungen der Bestimmungen des Waffenstillstandes durch die Franzosen gehen über das erträgliche Maß hinaus. Das deutsche Volk kann angesichts der Vergewaltigungspläne einzelner der Alliierten nicht oft und laut genug seine Stimme erheben. Insbesondere weisen wir einmütig von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken die französischen Annexionsabsichten auf das Scharfgebiet zurück. Die Regierung tut alles, um das Los der Kriegsgefangenen zu lindern. Die Alliierten haben die Bitte an Marschall Foch betr. Herausgabe der deutschen Kriegsgefangenen verweigert, ein fegischer deutscher Marschall hätte eine solche Bitte nicht vergebens an das Volk gerichtet. Ich richte von dieser Stelle einen offenen Appell an das rote Kreuz in Wien. Möge es jetzt seine hohe sittliche Aufgabe dahin auflassen, daß wir unsere Gefangenen unterstützen. Die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen ist eine Vordare, wie sie die Menschengeschichte nicht kennt.

Die Kommunistenherrschaft im Kohlengebiet.

Wochum, 20. Febr. Bis Mittwoch haben die Spartakisten die Förderung in über 100 Betrieben stillgelegt und mehr als 95 Ortschaften im Ruhrgebiet besetzt. In Welsen wurden 120 Bürger als Geiseln gegen die vorrückenden Regierungstruppen festgenommen.

Eibersfeld, 19. Febr. Am 18. Februar hatten Angriffe der Spartakisten auf die Eisenbahndirektion und den Bahnhof zum Erfolge geführt. Der Abschnittskommandeur II hat eine Kompanie mit Maschinengewehren vom Pflücker-Regt. 89 zur Hilfe geschickt, die auch den Bahnhof und die Eisenbahndirektion wieder nahm und zur Zeit noch besetzt hält. Marschall Foch hat genehmigt, daß Regierungstruppen im Abschnitt 2 zur Unterdrückung der ausgebrochenen Unruhen verwendet werden.

Battrop, 19. Febr. Die Stadt wird durch Spartakisten mit Artillerie beschossen. Hilfe wird von Münster entsandt.

Ausland.

Genf, 20. Febr. „Journal des Debats“ meldet aus dem besetzten unfruchtlichen Gebiet, daß die Kommandos der Alliierten mit der Requirierung zahlreicher Wohnungen für einen größeren Beamtenkörper begonnen haben, was auf eine längere Besatzung schließen lasse.

Bionville, 19. Febr. Das Kriegsgericht verurteilte den bekannten deutschen Großindustriellen Kochling wegen Ankaufs von Maschinen aus belgischen und französischen Betrieben zu 7 Jahren Zwangsarbeit.

Paris, 20. Febr. Bei seiner Verhaftung äußerte der Täter, er habe den Ministerpräsidenten Elemen-

Stadt Neuenbürg.
aufmann Luftnauer,
nnlich, Fiech, Kaiser,
b Witwe Gauß ist
armelade

re Protastrichmittel
Zeit nicht zu er-
empfehl sich Ein-
nd haushälterische

Lebensmittelstoffe
N.: Kienzie.

är-Verein
Neuenbürg.

ntag, 23. Februar

die

Hauptversammlung

asthof z. Bären statt.

hr mittags.

ahresbericht,
ffenbericht,
ewählen,
onstiges.

tracht der besonders

agesordnung wird

zahlreichen Besuch

S-Telnehmer, die

Bereinigung nach

ören, sind herzlich

Der Vorstand.

Neuenbürg.

schische,

gewässerte,

empfehl

Karl Wahler.

renalb

Umgebung.

ehende Dame sucht

sonniges umtbl.,

uch möbl. Zimmer

igung. Angebote

an

shahl, Herrenalb,

ingerstr. 118.

ur lange

mistiefel,

noch gut erhalten

reits-Anzug

bert zu verkaufen.

er erben an die

eschäftsstelle.

Belerinen

ufen.

unter R. 903 an

er-Geschäftsstelle.

agenbrand.

r-Nähmaschine,

eiswert zu verkaufen.

elm Burkhardt,

Schneider.

ufen gesucht:

uterhaltenes Kub-

r, sowie 1 Pflug

gge.

raifenbacher,

ngenbrand,

L. Neuenbürg.

Landkreis Calw

Kreisarchiv Calw

man töten wollen, weil er in ihm das Haupthindernis für einen schnellen und gerechten Völkerrfrieden sehe. Seine Tat werde nicht die einzige bleiben. Helfingfors, 19. Febr. Einem amtlichen holländischen Bericht zufolge wurden im Monat Januar 60 Erzbischöfe der Orthodoxen Kirche, darunter der Erzbischof Vladimir von Kiew, erschossen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 20. Febr. (Eingefandt zur Stadtschultheißen-Wahl.) Die Dienstanummer des „Enztaler“ bringt eine Betrachtung über die Kandidatenvorstellung. Die Randbemerkung gibt sich Nähe sachlich zu erscheinen, rühmt den würdigen Verlauf der Vorstellung und wünscht ebensolchen rein sachlichen Verlauf des Wahlkampfes. Im Grund läuft sie dann aber selbst ganz offensichtlich auf eine einseitige Empfehlung hinaus.

Es werden die zwei „Feuerseelen“ dem „gereiften, im langjährigen Provis erfahrene, auf den Kriegsschauplätzen erprobten, pflichtgetreuen und gewissenhaften Mann“ gegenübergestellt. Solche Führung guter Eigenschaften auf die eine Seite kann nicht mehr wohl unvoreingenommen geheißen werden, ganz abgesehen davon, daß sie auch nicht die Wahrheit trifft. Denn all diese Eigenschaften kann auch ein Mann in sich tragen, der die berühmten „Vierzig“ des Schwaben noch nicht erreicht hat. Gerade im Krieg wird einem im öffentlichen Dienst an leitende Stellung gerückten und in der Verwaltung eingelebten Manne und Beamten eine so reiche Summe von Erfahrung zu teil, hatte er so reichlich Gelegenheit, sein ganzes Wissen und Können zu zeigen, daß durch einen gewissen Vorsprung an Jahren hier kein Uebergewicht erlangt werden kann. Pflichttreue und Bewissenhaftigkeit besonders darf auch einem jungen Mann zugestanden werden. So können wir die auffallende Zurücksetzung der beiden jüngeren Kandidaten Rüder und Schell nicht billigen. Wir glauben eher, die verhältnismäßige Jugend wird für einen Beamten vielmehr eine Kraftquelle, die der dienstlichen Befähigung einen gesunden Antrieb gibt. Ein Wähler im Namen vieler.

Anmerkung der Schriftleitung. Wir weisen den im Vorstehenden enthaltenen Vorwurf einseitiger Empfehlung, der Voreingenommenheit und auffälliger Zurücksetzung entschieden zurück. Nichts lag uns bei der Veröffentlichung seiner, als eine solche Absicht; wir hielten einfach Tatsachen, soweit sie allgemein bekannt waren, fest, wobei wir noch weiterhin beklagten: „Alle“, also auch die jüngeren Bewerber, haben je nach Alter mehr oder weniger praktische Erfahrungen gesammelt.“ Und in der Montag-Nummer lautet es ausdrücklich: „Nach den Zeugnissen, welche unterschiedlos die Tätigkeit der Bewerber hervorheben, zu urteilen, sind 18 m tliche Bewerber auf Grund ihrer Bildungslaufbahn, der bisherigen Tätigkeit und der mit Erfolg beendeten Prüfungen im Verwaltungs- und Justizdienst zum Amt eines Ortsvorstehers befähigt und an selbständiges Arbeiten gewöhnt.“ Weiter sei festgestellt, daß den beiden jüngeren Bewerbern Rüder und Schell gegenüber dem älteren Bewerber Knobel nicht nur der gleiche sondern sogar ein größerer Raum für ihre Ausführungen gewidmet war. Da kann doch nicht von einseitiger Empfehlung und Voreingenommenheit, von auffälliger Zurücksetzung gesprochen werden!

Das Eingefandt bezeichnet die Haltung guter Eigenschaften des Bewerbers Knobel als nicht die Wahrheit treuend. So steht und nicht zu, gegen diesen persönlichen Angriff — und ein solcher ist dies fraglos —, der in die praktische Erfahrung des Bewerbers Knobel, in seine Pflichttreue und Bewissenhaftigkeit Zweifel sät, Stellung zu nehmen. Dieser Ton würde uns berechtigen, obiges Eingefandt in den Angelegenheit zu verweisen, wo die Verantwortlichkeit der Schriftleitung bis zu einer gewissen Grenze entfällt. Um aber den Schein der Parteilichkeit zu meiden, können wir dem Eingefandt denselben Platz ein, in welchem der Bericht Aufnahme fand, wobei wir ausdrücklich bemerken, daß damit kein Vorgang geschaffen werden soll.

Was uns in der Landwirtschaft not tut.

Wieder und wieder höre ich Landwirte sagen, in der Landwirtschaft fehlt der engere Zusammenschluß, und fehlt eine Berufsorganisation, die uns in die Lage setzt, ein Wort mitzusprechen bei den wichtigsten landw. Feitfragen, bei der Preisfestsetzung für unsere Erzeugnisse usw. Welcher Landwirt hat nicht schon ähnlich gesprochen und gedacht? Aber Worte allein genügen nicht, nein, wir müssen jetzt den Worten die Tat folgen lassen; wir müssen das Wort beginnen, jetzt, sonst drängt es zu spät sein. Wir bewundern die Organisation der Arbeiter, wir sehen, mit welcher Konsequenz sie ihre Ziele verfolgen; wir sehen auch, was sie bis jetzt erreicht haben, wie sie bis jetzt ihre Pläne durchzuführen vermochten. Ein einzelner Arbeiter hätte dies nicht vermagt, nein, er wäre erdrückt, vernichtet worden; aber was der einzelne Krieger nicht vermag, das bringt der Staat fertig, was für den einzelnen Arbeiter nicht möglich ist, das erreicht die Gesamtheit. Entweder sind wir die Lebenden oder die Getriebenen. Viele Berufe sind durch die letzten Ereignisse dazu bezogen worden, sich zu organisieren. Soll da die Landwirtschaft abseits stehen? Landwirte, schließt Euch zusammen, „leid einig, einig“, es ist ein dringendes Gebot der Stunde. Wenn diese Angelegenheiten nicht gleichgültig sind, wer es einseht, daß in dieser Beziehung etwas geschehen muß, den verweise ich auf den im Inferatenteil angezeigten Vortrag. J. Stoll.

Württemberg.

Reutlingen, 18. Febr. Die Frage der Eingemeindung von Pfullingen wird viel besprochen; die demokratische und sozialdemokratische Partei der Nachbarstadt arbeiten darauf hin, weil sie glauben,

der zeitgemäße Fortschritt Pfullingens würde durch die Hilfe der starken Steuerkraft von Groß-Reutlingen erleichtert und andererseits dem letzteren größere Ausdehnungs-Möglichkeit, auch die Morgengabe des riesigen Pfullinger Waldbesizes, der vom Mädchenfels bis zum Stöffelberg reicht, gegeben werden.

Ulm, 20. Febr. Bei der Verbringung von Bahnstämmen zum Bahnhof durch gefangene deutsche Soldaten des englischen Gefangenenlagers D. überschlug sich beim Ausweichen das Lastauto. Vier deutsche Soldaten wurden getötet, darunter der 23-jährige Grenadier Karl Gaiselmann aus Ulm. Die Verunfallten wurden neben vier kurz vorher an Influenza gestorbenen deutschen Gefangenen auf dem Friedhof zu A. mit militärischen Ehren beerdigt. Ein englischer Pfarrer hielt die Grabrede.

Baden.

Bröhlingen, 19. Febr. Der Wirt Klittich zum Kaltenberg ist nach der Leichenschau nicht einem Verbrechen zum Opfer gefallen, sondern eines natürlichen Todes gestorben. Er war nach dem Befund herzleidend, und auf dem Heimweg hat ihn ein Herzschlag ereilt. Aber die bedauerliche Tatsache bleibt bestehen, daß die Leiche beraubt wurde. Die Brieftasche mit 2800 M., die Klittich zum Viehkauf mitgenommen hatte, fehlte. Den Dieben ist man auf der Spur.

Zfiezheim (A. Rastatt), 19. Febr. Die hiesigen Sozialdemokraten haben ein Ultimatum an das Bürgermeistertum gerichtet, in dem der Gemeindevorstand zu freiwilliger Abdankung aufgefordert wurde.

Baden-Baden, 20. Febr. Die Zahl der Podenerkrankungen hat hier sehr rasch zugenommen, sodaß jetzt bereits der achte Fall festgestellt worden ist.

Bühl, 19. Febr. Der „Acher- und Bühler-Bote“ weiß zu berichten, wie es im benachbarten Gnanerland unter französischer Herrschaft hergeht. Danach benehmen sich die Franzosen in jeder Weise übermütig. Wegen jeder Kleinigkeit werden die Leute bestraft, zu 50, 100 und mehr Mark. Das Geld der Strafe müssen die Leute selber nach Nehl auf die Kommandantur tragen, ein Kavallerist reitet hinter ihnen her. Wer sich mehr als 50 Meter vom Hause entfernt, muß einen Erlaubnischein dazu haben. Bauerleute, die ohne einen solchen Rüden vom Felde holten, erhielten Geldstrafen von 200 bis 300 Fr. Bauern, die ihr an der Gemarkungsgrenze besetztes Gebiet düngten, wurden dabei von französischen Soldaten mit ausgesetztem Bajonnette bewacht. Ein aus dem Felde heimgekehrter Krieger, der ein Kufchen mit nach Hause genommen hatte, wurde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Mannheim, 20. Febr. Auf einer hiesigen Polizeiwache meldete sich eine 30-jährige Landwirts-tochter aus Angeldorf unter dem Vorgeben, sie trage ein von ihr heimlich geborenes Kind in einer Schachtel bei sich, das alsbald nach der Geburt gestorben sei. Ein russischer Kriegsgefangener ist der Vater des Kindes, das wahrscheinlich getötet worden ist.

Dermisertes.

Berlin, 19. Febr. Der Sohn Liebnechts, gegen dessen Verbleiben auf dem Gymnasium in Berlin-Steglitz seine Mitschüler wegen seiner Beteiligung an den Spartakusunruhen protestiert hatten, soll nach einer Entscheidung des Ministers hienach nicht ausgewiesen werden.

Triest, 19. Febr. Die Zahl der Opfer an dem Eisenbahnunglück ist größer, als anfangs vermutet wurde. Von 450 Soldaten, die sich in den Waggons befanden, ist kaum die Hälfte gerettet worden.

Ein Fastnachtskostüm gegen Lebensmittel. Die „Deutsche Reichszeitung“ in Bonn kritisiert nicht mit Unrecht die folgende, im Bonner Generalanzeiger veröffentlichte Anzeige: „Wer leibt oder verliert (gegen Lebensmittel) einem Fräulein ein hübsches Fastnachtskostüm? Off. usw.“ Der Hunger vor der Tür, die Wunden noch zu frisch, die uns geschlagen, und schon diese Sucht nach nährlichem Tand! Kann man's glauben? — „Gegen Lebensmittel“ heißt es in dem Inserat. Das steht der Sache ein besonderes Licht auf.

Letzte Nachrichten u. Telegramme.

Hof, 20. Febr. Bei einer Kundgebung wegen der Nahrungsmittel- und Kohlennot zogen gestern Soldaten und Arbeitslose zum Rathaus, holten den Oberbürgermeister Neupert heraus, der gefesselt im Zuge mitgehen mußte, und schleppten beim Hofes Anzeiger den Chefredakteur mit fort. Beim Oberbürgermeister hielt die Menge Hausjuchung nach Nahrungsmitteln, aber vergebens.

Darmstadt, 20. Febr. Die Landeszeitung schreibt, daß die pfälzische Regierung im Einver-

nehmen mit den französischen Behörden Bestimmungen über die Beschlagnahme der Weine und über Höchstpreisfestsetzungen erlassen hat. Danach dürfen die Weißweine 1918er Ernte nicht mehr aus der Pfalz ausgeführt werden. Alle 1918er Weißweine der Weinbauern, Großwinzer, Winzervereine und Winzergenossenschaften, die am 7. 2. noch nicht verkauft waren, sind zu Gunsten der Konsumverbände beschlagnehmbar.

München, 20. Februar. Um den zahlreichen Gerüchten über die Herkunft der bayerischen Matrosen bei den Vorgängen am 19. Febr. in München zu begegnen, teilt das Ministerium für militärische Angelegenheiten mit, daß es sich bei den fraglichen Matrosen lediglich um solche bayerischer Abstammung handelt, die dem jährlich von Bayern zur Reichsmarine zu stellenden Kontingent angehören. — Prinz Joachim von Preußen, der mit seiner Gemahlin gestern hier festgenommen wurde, ist an den gestrigen Vorgängen nicht beteiligt. Er wird unter Bedeckung über die Grenze nach Preußen abgeschoben werden.

Vottrop, 20. Febr. Von Stenrode aus hatten gestern die Kommunisten an die Vottroper Verwaltung und den dortigen A. und S.-Rat die Anforderung gerichtet, sämtliche Waffen an sie abzuliefern. Das Ansinnen, Vottrop so den Spartakisten auszuliefern, wurde abgelehnt. Darauf rückte eine 3000 Mann zählende schwer bewaffnete Streitmacht gegen Vottrop vor und nahm die Stadt unter schwerer Artilleriefeuer, das stellenweise große Verheerungen anrichtete und u. a. das Rathaus ganz in Trümmern legte. Der großen Uebermacht und namentlich der schweren Artillerie der Spartakisten gegenüber war die Sicherheitswehr machtlos, so daß sie schließlich die weiße Fahne aufzog. Hierauf zogen die Kommunisten in Vottrop ein, wo sie alle Betriebe still legten und in brutaler Weise hausten. 6 Polizeibeamte, die sich noch im Rathaus befanden, sind glaubwürdigen Gerüchten zufolge, von ihnen erschlagen worden.

Berlin, 20. Febr. Die Spartakusunruhen in der zweiten Januarwoche in Berlin haben nach den nunmehr vorliegenden Schadenersatz-Anmeldungen eine Forderung an die Stadt Berlin von 9 Mill. Mark ergeben. In einer Spartakusversammlung am letzten Samstag wurde die Zahl der Spartakusopfer bei den Januarunruhen auf 437 Tote und mehr als 300 Verletzte angegeben.

Berlin, 20. Febr. Wie die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ melden, beläuft sich der Fehlbetrag an Lokomotiven gegenwärtig auf 1600. Sobald die Ablieferung an die Entente beendet ist, was voraussichtlich bald geschehen wird, dürfte dieser Fehlbetrag in etwa 2 Monaten durch Wiederherstellung des reparaturfähigen Materials beseitigt sein. Gegenwärtig sind 3000 neue Lokomotiven in Auftrag gegeben.

Berlin, 20. Febr. Im künftigen Staaten-ausschuß werden, wie gemeldet wird, den Deutsch-Oesterreichern 9 Stimmen zugewilligt werden.

Berlin, 20. Febr. In der Sitzung der Waffenstillstandskommission vom 19. Febr. legte der Vertreter der deutschen Regierung nachdrücklich Verwahrung dagegen ein, daß seit Anfang Januar monatlich 250000 Tonnen deutscher Kohlen nach französische Rechnung aus dem Saarrevier nach Italien ausgeführt werden. Er ersuchte um sofortige Einstellung dieser Kohlenlieferungen.

Bern, 20. Febr. „Ergelvor“ meldet, Frankreich beabsichtige im neuen Waffenstillstandsvertrag die Auslieferung sämtlicher Zeppelinluftschiffe von Deutschland, welche in den Flugschuppen von Rauberg, Romur, Metz und an den Rheinufsen untergebracht werden sollen. Die französischen Blätter weisen auf den entschlossenen Luftschiffbau in England hin, und fordern, daß Frankreich in dieser Beziehung England einholen müsse, wozu die Erneuerung des Waffenstillstandes benützt werden müsse.

Lugano, 20. Febr. In einem Leitartikel ermahnt der „Corriere della Sera“ die Franzosen, sich in ihren politischen und wirtschaftlichen Forderungen nicht vom leidenschaftlichen Rachegefühl hinreißen zu lassen, sondern nach einem Frieden zu trachten, der dauernd sei. Es dürfen keine neuen Irredentisten geschaffen werden und man müsse verhindern, daß die wirtschaftlichen Lasten die Kraft der Deutschen übersteigen, sonst würde Deutschland zugrunde gehen und gar nichts zahlen können. Das Blatt droht damit, daß die französische Politik Italien in die Arme Deutschlands treiben müsse.

H Haag, 20. Febr. Der Haager Korrespondent des B.T.W. erzählt von zuverlässiger Seite folgendes: Der englische Dampfer „Manitou“ von der White Star Linie mit 750 Zivilgefangenen an Bord, ist heute nach bläugiger Fahrt in Rotterdam eingelaufen. Er war über Antwerpen geleitet worden, um dort eine Anzahl Belgier, die in den Kabinen des Dampfers untergebracht waren. Er sollte 590 deutsche



Behörden Bestimmung der Weine und ...

im den zahlreichen bayerischen ...

Stierade aus hatten die Vottroper ...

partakusunruhen in ...

Politisch-Parlament ...

künftigen Staatenwird, den Deutsch ...

er" meldet, Frank ...

Der Besitz von Schusswaffen ...

Zwillingelungene mitnehmen. Es sind indessen 5 ...

London, 20. Febr. Wie das Reutersche Büro ...

London, 20. Febr. Der englische Versorgungs- ...

New-York, 20. Febr. Präsident Wilson hat ...

Bestimmung des Ministeriums des Innern über Waffenbesitz

Auf Grund des § 2 der Verordnung über Waffenbesitz ...

Alle im § 1 der Verordnung aufgeführten Schusswaffen, ...

Ist die fristgemäße Ablieferung der Schusswaffen usw. ...

Die Ortspolizeibehörden haben die abgelieferten Waffen ...

Die Ortspolizeibehörden haben die abgelieferten Waffen usw. ...

Der Ablieferung unterliegen nicht: 1. solche Schusswaffen, ...

Von der Pflicht zur Ablieferung der noch gebrauchsfähigen ...

1. diejenigen Personen, die zur Haltung oder Führung ...

Der Besitz von Schusswaffen nebst Munition ist außer den ...

Zur die Ausstellung der Waffenscheine erfolgt Sportel- ...

Waffenscheine dürfen nicht verabsolgt werden: 1. an Personen, ...

Washington, 20. Febr. Das Repräsentantenhaus ...

Die militärischen Waffenstillstandsbedingungen.

Konstantinopel, 21. Febr. Nach einer Meldung von ...

Zum Attentat auf Clemenceau.

Paris, 20. Febr. Der Urheber des Attentats gegen ...

Attentat. Er stammt aus ...

Paris, 21. Febr. Clemenceau verbrachte eine sehr ...

Ministerpräsident Eisner ermordet.

München, 21. Febr. Heute vormittag wurde der ...

des Waffentragens stets mit sich führen und den überwachenden ...

Werden Tatsachen bekannt, welche die Unzuverlässigkeit ...

Wegen Rückgabe der abgelieferten Schusswaffen an den ...

Die Stadtdirektion Stuttgart und die Oberämter werden ...

Stuttgart, den 15. Februar 1919. In Vertretung: Haag.

Oberamt Neuenbürg. Die Ortspolizeibehörden

werden ersucht, vorstehende Min.-Verf. über Waffenbesitz vom ...

Den 20. Februar 1919. O.R.A. Gaifer.

Oberamt Neuenbürg. Umlage des Gebäudebrandschadens für das Jahr 1919.

Die Herren Ortsvorsteher werden auf die Verfügung des ...

Den 19. Februar 1919. Oberamtmann Bullinger.

Oberamt Neuenbürg. Verbot von Tanzunterhaltungen und Fastnachtsveranstaltungen.

Das Ministerium des Innern hat unter Hinweis auf die ...

I. Im Hinblick auf den Ernst und die Not der Zeit ...

II. Den Wirten ist verboten, Fastnachtsunterhaltungen ...

III. Die Oberämter und die Ortspolizeibehörden werden ...

Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, für die Einhaltung ...

Den 21. Februar 1919. O.R.A. Gaifer.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Bekanntmachung.

Es wird nochmals bekannt gemacht, daß die Ortsvorsteher- ...

Den 20. Februar 1919. Stadtschultheißenamt: Knobel, A.B.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Butter-Verkauf

am Samstag, den 22. Febr., vorm. 9 Uhr für Nr. 119 bis ...

Städt. Lebensmittelstelle J. A.: Rienzle.

Arnbach. Ein 8 Monate altes schönes Kuhbrind

hat zu verkaufen Christian Bachteler.

Dobel. Ein Ruffenpferd,

1,52 Meter groß (dunkelbraun), hat zu verkaufen Karl Kraft, Schmiedmstr.

Oberkollbach, O.R. Galw. Unterzeichneter setzt ein Paar schöne

Fuchswallachen, 6 und 7 jährig, ein- und zweispännig, unter jeder Garantie dem Verkauf aus.

Friedrich Steiningger zum Lamm.

Igelsloch. Einen 14 Monate alten

Farren (Rottschd), hat zu verkaufen Schultheiß Krauß.

Langenbrand. Eine

Schneider-Nähmaschine, fast neu, preiswert zu verkaufen. Wilhelm Burkhardt, Schneider.

Neufach. Eine trächtige hornlose

Ziege tauscht um gegen eine Schlachtziege. Fuhrmann Greul.

Auskunft umsonst bei

Schwerhörigkeit, Ohrgeräusch, nervös, Ohrenschmerzen. Glänzende Anerkennungen. Hermes Versandhaus Stuttgart, Wächterstr. 2.

